

Inken Keim

*VORSCHLAG ZU EINEM PROJEKT SPRACHLICHE INTEGRATION  
DER AUSLÄNDISCHEN ARBEITNEHMER IN DER BRD*

I.

Zur Lage der ausländischen Arbeitnehmer in  
der BRD

1. Ursachen der Beschäftigung ausländischer Arbeitneh-  
mer in der BRD

Mitte der fünfziger Jahre begann sich für die westdeutsche Wirtschaft aufgrund der wirtschaftlichen Expansion das Potential an Arbeitskräften zu erschöpfen. Die Bundesregierung begann ab 1956 mit verschiedenen Staaten bilaterale Regierungsvereinbarungen über die Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitskräfte abzuschließen. Anwerbung, Vermittlung und weitgehend auch Kontrolle dieser Arbeitskräfte wurden staatlichen Institutionen übertragen, besonders der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nürnberg. Die Anwerbung erfolgt nur aufgrund konkreter Verträge von Arbeitgebern in Deutschland. Vermittlungsaufträge werden vom Arbeitgeber mit einem von ihm unterschriebenen Arbeitsvertrag bei den zuständigen Arbeitsämtern eingereicht. Über die Vermittlung der Bewerber nach Deutschland entscheidet allein die deutsche Kommission im jeweiligen Anwerbeland. Ausländische Arbeiter werden in der Regel dort eingesetzt, wo infolge schwerer Arbeitsbedingungen die Arbeitsplätze mit deutschen Arbeitskräften nicht mehr besetzt werden können. Im Interesse der Industrie liegt die optimale Mobilität der Ausländer, so daß sie je nach Bedarf eingesetzt und

dem Konjunkturverlauf entsprechend entlassen werden können ohne rechtliche Folgen (aufgrund befristeter Verträge, besonderer Vertragsbedingungen) und ohne finanzielle Belastung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung (durch Arbeitslosenunterstützung). Auf der Seite der ausländischen Arbeitnehmer gibt es verschiedene Gründe für die Emigration. Eine der wichtigsten Ursachen ist die Sicherung und Verbesserung des Lebensunterhalts für die eigene Person und die zurückgebliebene Familie, ebenso die Absicht, nach der Rückkehr durch die Ersparnisse, sich eine sichere Existenz aufzubauen als Kleinstunternehmer (z.B. Taxifahrer, Cafebesitzer). Neben den materiellen Bedingungen spielen auch politische individual- und sozialpsychologische Gegebenheiten eine Rolle für die Auswanderung. Zu diesen verschiedenen Ursachen kommt als entscheidender Faktor die Wirtschafts- und Gastarbeiterpolitik der einzelnen Herkunftsländer und in Verbindung damit die wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen dieser Länder.

## 2. Die Lage der ausländischen Arbeitnehmer in der BRD

Der in der kapitalistischen Produktionsweise angestrebte Mehrwert ergibt sich aus der Differenz zwischen dem von der Arbeitskraft geschaffenen Wert und den Kosten für die Arbeitskraft. Damit sich die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der BRD über die Steigerung des Bruttosozialprodukts und den erheblichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum hinaus noch lohnt, müssen die Kosten für die Arbeitskraft niedrig gehalten werden. Diese Kosten setzen sich zusammen aus Ausbildungskosten, Lohn und Ausgaben für infrastrukturelle Maßnahmen (wie Wohnraumbeschaffung und Sozialmaßnahmen). Sie entfallen für die BRD fast vollkommen (abgesehen von kurzen An-

lernzeiten), sie wurden vom Herkunftsland aufgebracht. Die Lohnkosten können durch ihren Einsatz an relativ niedrig dotierten Arbeitsplätzen relativ gering gehalten werden. Die Gelder für infrastrukturelle Maßnahmen müßten über den Steuerhaushalt des Staates oder über Abgaben der Unternehmer aufgebracht werden.

Ein wesentliches Argument für das Niedrighalten der infrastrukturellen Maßnahmen liefert die Bundesregierung selbst: Da die BRD sich nicht als Einwanderungsland versteht, wird empfohlen, die ausländischen Arbeitnehmer jeweils nur kurzfristig in der BRD einzusetzen (in der Regel 4 - 5 Jahre), da man ohnehin davon ausgehen könne, daß die Ausländer in ihre Heimat zurückkehren wollten. Außerdem werde in der Regel eine schlechtere Versorgung im Infrastrukturbereich (bes. Schul- und Wohnbereich) vorübergehend von den Ausländern in Kauf genommen. D.h., Rotation wird empfohlen und durch staatliche Maßnahmen wie Ausländergesetz (Einschränkung wesentlicher Grundrechte wie politische Betätigung, Recht auf Selbstbestimmung und Ausbildung, kein aktives und passives Wahlrecht) und bilaterale Vermittlungsvereinbarungen abgesichert. Außerdem wäre die feste Bindung ausländischer Arbeitnehmer durch geplante Familienzusammenführung und Ansiedlungspolitik der von der Industrie gewünschten Mobilität der Arbeitskräfte und der Elastizität des Arbeitsmarktes abträglich.

1972 waren rund 2,2 Millionen ausländische Arbeitnehmer in der BRD beschäftigt. Zu den beschäftigten Männern und Frauen kommen noch etwa 1,2 Millionen nicht berufstätiger Familienmitglieder, darunter etwa 500 000 Kinder und Jugendliche unter 21 Jahren. Mit Ausnahme Angehöriger von EWG-Staaten benötigt jeder

ausländische Arbeiter eine Arbeitserlaubnis. Sie wird in der Regel für ein Jahr erteilt und - falls es die Wirtschaftslage zuläßt - jeweils für ein weiteres Jahr verlängert. Weder auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis noch auf ihre Verlängerung besteht ein Anspruch. Sie kann auf bestimmte Wirtschaftszweige und Betriebsgruppen beschränkt werden und seit 1971 kann sie auch für längere Zeit auf einen bestimmten Betrieb erteilt werden. Zumeist ist die Aufenthaltserlaubnis an die Tätigkeit in einem bestimmten Betrieb gebunden; d.h., löst der ausländische Arbeitnehmer sein Arbeitsverhältnis aus eigenem Ermessen, erlischt auch seine Aufenthaltserlaubnis. Ein ausländischer Arbeitnehmer, der seinen Arbeitsplatz ohne Einverständnis des Arbeitgebers wechseln will, wird vertragsbrüchig, und die BfA vermittelt keine vertragsbrüchigen Ausländer an andere Arbeitgeber. Für den Ausländer bedeutet dies Verlust der Aufenthaltsgenehmigung und damit Abschiebung in das Heimatland (d.h. weitere Arbeitslosigkeit). Durch die enge Koppelung von Arbeitserlaubnis und Aufenthaltserlaubnis und die Angst der Ausweisung bei Nichteinhalten der Vertragsbedingungen entfallen für den ausländischen Arbeitnehmer jegliche Möglichkeiten, seine Rechte - aufgrund des Arbeitsschutzgesetzes, des Kündigungsschutzgesetzes und des BVG ist der Ausländer nominell dem deutschen Arbeitnehmer gleichzustellen - dem Arbeitgeber gegenüber durch gesetzlich geschützte Verfahren geltend zu machen.

In den industriellen Ballungszentren der BRD arbeiten fast 50% aller ausländischer Arbeitnehmer, vorwiegend in der Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung, gefolgt vom verarbeitenden Gewerbe, dem Baugewerbe und den Dienstleistungsbetrieben. Nicht nur wegen der Arbeitsmarktlage, sondern auch wegen mangelnder Sprach-

kenntnisse führen sie vorwiegend schwere, gefährliche und mechanische Arbeiten aus und bilden so in der Betriebshierarchie die unterste Einkommensschicht. Ein beruflicher Aufstieg ist fast nur vom ungelernten zum angelernten Arbeiter möglich, durchschnittlich schaffen nur etwa 10% den Aufstieg zum Facharbeiter. Ihren deutschen Kollegen gegenüber sind ausländische Arbeiter außerdem benachteiligt durch Unkenntnis der verschiedenen Akkord- und Lohnabrechnungssysteme. Bei aufgespaltenen Lohnbestandteilen liegen die Ausländer in der Lohnendsumme wesentlich niedriger, da die Vergünstigungen der Treueprämien, der betrieblichen Altersversorgung und der Vermögensbildung für die nur kurzfristig beschäftigten Ausländer nicht wirksam werden. Selbst der Versuch, auf Einhaltung ihrer Rechte zu drängen, wird ausländischen Arbeitnehmern zusätzlich erschwert, da Gewerkschaften und Betriebsräte erst in jüngster Zeit eine etwas veränderte Haltung ihren ausländischen Mitgliedern gegenüber zeigen. Bei eventuellen Arbeitsgerichtsprozessen ist mit erschwerenden Bedingungen zu rechnen wegen mangelnder Sprachkenntnisse, da die Dolmetscherkosten vom Arbeiter selbst getragen werden müssen.

Ähnlich ungünstig wie im Produktionsbereich nimmt sich die Situation der ausländischen Arbeitnehmer im Sozial-, besonders im Wohnbereich aus. Für die Unterbringung der Ausländer haben in erster Linie die Unternehmer zu sorgen. Die Unterbringung in firmeneigenen Unterkünften (auf dem Firmengelände) hat gegenüber der Unterbringung in privaten Wohnungen für die Unternehmer sowohl finanzielle wie auch betriebspolitische Vorteile: Die Firmenunterkunft ist billig; außerdem erschwert sie den Firmenwechsel (bei Kündigung muß auch die Wohnung geräumt werden), sie erleichtert die Kontrolle der Ar-

beiter im Krankheitsfall und isoliert sie noch mehr von ihren deutschen Kollegen. In firmeneigenen Unterkünften - meist müssen sich vier Ausländer einen Raum teilen - werden grundsätzlich nur Ledige oder vorübergehend alleinstehende Ausländer aufgenommen.

Besondere Wohnprobleme ergeben sich bei ausländischen Arbeitern, die ihre Familie in die BRD bringen wollen. Der Nachzug der Familienangehörigen kann nach den Richtlinien der Ausländeraufsicht in der Regel nach dreijährigem Aufenthalt des Arbeitnehmers (häufig auch nach einem Jahr) erfolgen und nur dann, wenn er für sich und seine Familie eine nach deutschen Verhältnissen angemessene Wohnung nachweisen kann. Mangelnde Sprachkenntnisse, Vorurteile der Deutschen Ausländern gegenüber und reichlich überhöhte Mieten für wenig attraktive, häufig abbruchreife Altbauwohnungen erschweren erheblich die Suche nach einer geeigneten Wohnung, besonders in den industriellen Ballungsgebieten. Nur etwas weniger als die Hälfte der ausländischen Arbeiter hat unter diesen Bedingungen ihre Familie in der BRD, obwohl etwa 72% verheiratet sind und mehr als die Hälfte der "Lediggehenden" ihre Familie gern bei sich hätten. Als Ergebnis läßt sich zusammenfassen: Beengte, oft überbelegte provisorische Massenquartiere der Firmen und zu kleine Wohnungen mit unzureichenden sanitären Verhältnissen in bestimmten Stadtgebieten führen zu Ausländergettos, Isolierung von der deutschen Bevölkerung und verstärkter Ablehnung der Ausländer durch die deutsche Bevölkerung (Bestärkung der deutschen Vorurteile, daß Ausländer besonders schmutzig, laut und ohne Wohnkultur seien). Auch wenn Ausländer nur vorübergehend in der BRD sich aufhalten, haben sie, zumal sie voll steuer- und sozialabgabepflichtig sind, ein Anrecht auf Familienzusammenführung und angemessene

nes Wohnen, da es aus humanitären, juristischen und politischen Gründen unverantwortlich ist, ihnen Bedingungen zuzumuten, die weder mit dem deutschen Scheidungsrecht noch mit dem vom Grundgesetz gewährleisteten besonderen staatlichen Schutz von Ehe und Familie vereinbar sind.

### 3. Sprachliche Förderung der ausländischen Arbeitnehmer

Für die deutschen Unternehmen gibt es keine gesetzliche Verpflichtung, ihren ausländischen Arbeitern Deutschkenntnisse zu vermitteln. Aus betriebstechnischen Gründen zeigen die meisten Unternehmen auch kaum Interesse daran, da zur befriedigenden Ausführung vorwiegend unqualifizierter Arbeiten nur sehr geringe Deutschkenntnisse notwendig sind. Vorschriften der Sicherheitsmaßnahmen, für deren Bekanntgabe die Unternehmen verantwortlich sind, werden ohnehin in der jeweiligen Landessprache verfaßt. Außerdem ist über "sprachlose" Arbeitnehmer wesentlich leichter zu verfügen als über informierte und kritische Mitarbeiter. Unzureichende deutsche Sprachkenntnisse und unzureichende Kenntnisse deutscher Verhältnisse isolieren die ausländischen Arbeitnehmer sowohl untereinander, wie auch von ihren deutschen Kollegen, verhindern ihre Solidarisierung und vertiefen die Kluft zwischen deutschen Arbeitnehmern auf der einen und verschiedenen Ausländergruppen auf der anderen Seite. Diese Spaltung der Arbeiterschaft und die Isolierung der Ausländer untereinander fördert auch die Bereitschaft der deutschen Arbeiter sich dem gegebenen Produktionsprozeß - vordergründig zufrieden - einzuordnen, da ihnen durch die Schaffung der neuen Unterschicht "Ausländer", die weniger Rechte haben, der berufliche und soziale "Aufstieg" gelang.

Die deutschen Sprachkenntnisse der ausländischen Arbeitnehmer, die vorwiegend am Arbeitsplatz erworben werden und einer Statistik von 1972 zufolge für 66% der Ausländer als "gebrochenes Deutsch" zu bezeichnen sind - 12% sprechen gar nicht deutsch und nur 22% relativ gut - hängen von einer Reihe von Faktoren ab wie u.a.: Länge des Deutschlandaufenthalts, Kontakt mit Deutschen während der Arbeitszeit und in der Freizeit, ausreichende schulische Vorbildung. Die Bereitschaft, gezielt Deutsch zu lernen, ist sehr gering aus folgenden Gründen:

1. Da die Deutschkurse, die vorwiegend von Volkshochschulen durchgeführt werden, in der Regel abends stattfinden, haben die meisten Ausländer kaum Zeit (Schichtarbeit, Beaufsichtigung der Kinder u.a.) daran teilzunehmen.
2. Die Ausstellung kurzfristiger Arbeitsverträge macht eine langfristige Aufenthaltsplanung unter Einbezug sprachlicher und beruflicher Weiterbildung unmöglich.
3. Die Arbeits- und Lebensbedingungen, manuelle Arbeiten, beengte Unterkünfte und soziale Isolation sind der Lernbereitschaft nicht sehr förderlich.
4. Diskriminierung in der Berufs- und Sozialsphäre haben wachsendes Desinteresse an der deutschen Gesellschaft und der deutschen Sprache zufolge.
5. Das Bildungsangebot der Volkshochschulen für die ausländischen Arbeiter ist wenig attraktiv; es ist weder methodisch - Unterrichtsmaterialien für Erwachsene mit relativ geringer Schul- und Sprachausbildung in der Muttersprache fehlen fast vollkommen - noch inhaltlich zufriedenstellend, da es den Bedürfnissen der ausländischen



Arbeiter, ihre neue soziale und berufliche Umwelt kennenzulernen, wenig entgegenkommt und ihnen nicht hilft, die Ursachen ihrer Außenseitersituation zu erkennen und sie zur kritischen Selbsthilfe zu veranlassen. Was an Sprachkenntnissen vermittelt wird, bezieht sich vor allem auf die reibungslose Einordnung in den Produktionsprozeß.

#### 4. Ausbildung der ausländischen Kinder

Die ganze Problematik der ausländischen Arbeitnehmer in der BRD wird besonders deutlich an der Bildungssituation ihrer Kinder. Bei den schulischen Problemen geht es zum einen um Formulierung und Festlegung von Bildungszielen und Bildungsinhalten, die von verschiedenen Interessengruppen unter Ausschluß der Betroffenen festgelegt werden. Die Haltung der Bundesregierung, die Anwesenheit der Ausländer als Provisorium zu behandeln, bestimmt auch die Konzeption der Schulpolitik der Länder. Das Bildungsangebot muß danach so ausgerichtet sein, daß die Kinder nach einiger Zeit wieder in ihr heimatliches Schulsystem reintegriert werden können. Da jedoch für ein solches, seiner Intention nach durchaus akzeptables Schulprogramm sowohl integrierte Lehrpläne, die das deutsche Bildungsangebot mit dem des jeweiligen Heimatlandes sinnvoll koordinieren, als auch geeignete Lehrmaterialien und entsprechend ausgebildetes Personal fehlen, sieht die Praxis so aus: Vermittelt wird nur ein Mindestmaß an deutschen Sprachkenntnissen und an schulischen Anforderungen des deutschen Schulsystems und nur ein Mindestmaß an heimatsspezifischen Fächern. Das Resultat ist, daß die Kinder weder den Anforderungen ihres heimatlichen Schulsystems noch denen des deutschen genügen können. (Einer Statistik von NRW zufolge, dem einzigen Land, das eine Statistik über

den Hauptschulabschluß der ausländischen Kinder erstellt hat, erreichten 1968/69 60,4% der ausländischen Kinder den Abschluß der Hauptschule nicht!) Die fast einzige berufliche Chance dieser Kinder sind Hilfsarbeiter- oder Anlern Tätigkeiten auch in ihren Heimatländern.

Zu dem ungenügenden Bildungsangebot kommen noch eine Reihe weiterer, die Schulbildung hemmende Faktoren. Von den derzeit in der BRD lebenden rund 300 000 schulpflichtigen ausländischen Kindern besuchen nur etwa die Hälfte regelmäßig die Schule. Häufig spielen Desinteresse der Eltern, die Verpflichtung, jüngere Geschwister zu beaufsichtigen (besonders für ausländische Kinder fehlt es an Kinderkrippen- und Kindergartenplätzen), eine Rolle für das Schulschwänzen.

Schulorganisatorisch hat das Bildungskonzept der Regierung - vorübergehende Integration ins deutsche Schulsystem unter gleichzeitiger Wahrung der nationalen Eigenständigkeit - zu so erfolglosen Einrichtungen geführt wie den Vorbereitungsklassen. Anfangs als Deutschkurs konzipiert, der mit muttersprachlichen Fächern kombiniert wurde, entwickelten sich die Vorbereitungsklassen teils zu nationalen (besonders spanischen, griechischen und türkischen) Zwergschulen, deren Ziel weniger kritische Wissensvermittlung als ideologische Schulung ist. Neben den politischen spielen auch eine Reihe pädagogischer Faktoren eine Rolle für das Versagen der Vorbereitungsklassen, wie z.B. kein, oder ungenügendes Lehrmaterial, zu hohe Klassenfrequenzen und unvorbereitete Lehrer für den Deutschunterricht als Fremdsprache.

Da die Dauer der Anwesenheit in der BRD von den Familien nur z.T. selbst bestimmt werden kann (Abhängig-

keit von der wirtschaftlichen Lage, von Behördenentscheidungen usw.), folglich auch die schulische Versorgung der Kinder zeitlich ungewiß ist, sollte, solange die BRD offiziell sich nicht als Einwanderungsland erklärt und am Rotationsprinzip für Ausländer festhält, ein effektives Schulprogramm mit entsprechenden Lehrmaterialien entwickelt werden, das einerseits die Integration ins gesamte deutsche Bildungssystem ermöglicht - unter Wahrung der nationalen Identität - für den Fall, daß die Eltern in der BRD bleiben können, das andererseits aber auch den Anschluß an das heimatliche Schulsystem garantiert. An Planung und Kosten für ein solches Programm wären alle Interessengruppen zu beteiligen, besonders diejenigen, in deren ureigenstem Interesse und zu deren Gewinn die bisher planlos verlaufene Arbeiterwanderung ja stattfindet.

## II.

Aufgabe der Linguistik im Zusammenhang mit  
den sprachlichen Problemen der ausländischen  
Arbeitnehmer und ihrer Kinder

Eines der Hauptprobleme der ausländischen Arbeitnehmer - das dürfte aus dem bisher Ausgeführten klar geworden sein - ist das Sprachproblem. Zur Verbesserung ihres allgemeinen Kommunikationsverhaltens als Voraussetzung zur Entwicklung kritischer Eigeninitiative kann die Linguistik m.E. einen wissenschaftlich fundierten Beitrag leisten. Als ihre Aufgabe betrachte ich ganz allgemein die Beschreibung und Erklärung des deutschen Sprachverhaltens und, soweit dies aufgrund einiger relevanter Vorarbeiten bereits möglich ist, des Kommunikationsverhaltens nicht kompetenter Deutschsprecher.

Die Beschreibung des Sprech- und Kommunikationsverhaltens soll aufgrund empirischer Untersuchungen vorgenommen werden, die sich in der Methodik der Feldforschung an Arbeiten von R. Shuy u.a. und W. Labov orientieren. Linguistisch von Interesse bei einer solchen Untersuchung wären besonders folgende Bereiche:

1. Die besonderen Probleme des deutschen Sprachverhaltens ausgewählter Ausländergruppen.
2. Sprachliche Interferenzerscheinungen als Probleme des Bilingualismus.
3. Die charakteristische kommunikative Leistungsfähigkeit von verbalen und non-verbalen Äußerungen der Ausländergruppen im Verhältnis zum jeweiligen Kommunikationsziel.
4. Das Problem der Unzulänglichkeit der Kommunikationsmittel.

Aufgrund der empirischen Analysen können dann die für die ausgewählten Ausländergruppen spezifischen sprachlichen und kommunikativen Probleme aufgezeigt werden. Das "Defizit" an sprachlichen und kommunikativen Fertigkeiten kann durch gezielte Sprachlehrprogramme aufgeholt werden.

### III.

#### Vorschlag für die Analyse des deutschen Sprachverhaltens und Kommunikationsverhaltens einer ausgewählten Ausländergruppe

Unter den Nationen ausländischer Arbeitnehmer in der BRD sind die Türken aus verschiedenen Gründen (einzige außereuropäische Nation; das Sozialgefälle zwischen Herkunftsland und BRD ist am größten; relativ zu ande-

ren Ausländergruppen niedriger Ausbildungsstand u.a.) die am meisten benachteiligte Gruppe. Der Stand der Deutschkenntnisse liegt nach einer Statistik von 1972 bei den Türken mit an niedrigster Stelle: Nur 7% der Frauen und Männer sprechen gut deutsch, 78% der Männer und 73% der Frauen gebrochen deutsch, 15% der Männer und 20% der Frauen gar kein deutsch.

Bei einer Nation, deren Sozial- und Familienstruktur sich am wenigsten mit den Verhältnissen in der BRD vergleichen läßt, wird sich die Konfrontation von erfahrener gesellschaftlicher Wirklichkeit mit der in der BRD angetroffenen gesellschaftlichen Realität am folgenschwersten auf die Integrationsdisposition auswirken. Die ständig erlebte Diskrepanz zwischen im Heimatland erworbenem Alltagswissen und dem Wissen, das zur Handlungsorientierung in der BRD notwendig ist, wird, wenn keine Orientierungshilfen gegeben werden, zum psychischen Trauma, das Versuche der - wenn auch nur vorübergehenden - sprachlichen und sozialen Integration blockieren oder zumindest verzögern kann. Hier sind Sofortmaßnahmen notwendig, die auch von am politischen Entscheidungsprozeß nicht direkt beteiligten Personengruppen unterstützt werden sollten, schon aus humanitärer und gesellschaftspolitischer Verantwortlichkeit.

Ziel einer wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Sprach- und Kommunikationsverhalten türkischer Arbeitnehmer sollen, unter Einbezug der unter II. genannten Aspekte, die auf türkische Verhältnisse hin zu spezifizieren sind, folgende Bereiche sein:

1. Aufzeigen des sprachlichen und kommunikativen "Defizits", in bestimmten Kommunikationssituationen, der aufgrund geringer Grammatikkenntnisse, geringen Wortschatzes, aufgrund von bilingualen Interferenzen, falschem Gebrauch von Sprachvarianten, aufgrund andersgeartetem Vorwissen, andersgeartetem alltagsweltlichem Verhalten u.a. entstanden ist.
2. Feststellen der Themenbereiche, über die wenig oder gar keine Kenntnisse vorliegen, deren Kenntnis jedoch Voraussetzung ist, für eine vorgängige Orientierung im deutschen Gesellschafts- und Produktionsbereich.
3. Erarbeitung des sprachlichen und kommunikativen Grundwissenbestandes, der für eine erfolgreiche Kommunikation in verschiedenen Lebensbereichen notwendig ist.

Die unter 1 - 3 erzielten Ergebnisse sollten als Basis dienen zur Konzeption neuer Sprachlehrprogramme für verschiedene Adressatengruppen spezifiziert nach Alter, schulischer und sprachlicher Vorbildung, Beruf usw.

Erstes Erfordernis linguistischer Beschäftigung mit den Problemen türkischer Arbeitnehmer ist eine empirische Erhebung ihres Kommunikations- und Sprachverhaltens anhand von Interviews. Vorarbeiten dazu gibt es m.W. keine. Da es hier um Probleme geht, die sich aus der Konfrontation zweier Kulturkreise notwendig ergeben, müssen die besonders in den USA entwickelten Überlegungen zur Ethnomethodologie und Ethnotheorie mit einbezogen werden. Konkret wird folgendes Vorgehen vorgeschlagen: Aus der heterogenen Gruppe türkischer

Arbeitnehmer im Raum Mannheim sind statistisch relevante Probandengruppen unter verschiedenen Aspekten (wie Herkunft, Länge des Deutschlandaufenthalts, Alter, häufiger Kontakt mit Deutschen, mit oder ohne Kinder in der BRD, schulische und sprachliche Vorbildung, Motivation zum Deutschlernen u.a.) auszuwählen. Da nur ein geringer Teil der türkischen Arbeiter über schriftliche Deutschkenntnisse verfügt, wird vorgeschlagen, nur mündliches Sprachverhalten der Probanden auf Tonband aufzuzeichnen. Um das außersprachliche Verhalten festzuhalten, werden Situationsprotokolle angefertigt, die versuchen sollen, die Aspekte einzubeziehen, die zum Verständnis der ablaufenden Kommunikation Voraussetzung sind, wie Fragen des Zusammenhangs von kommunikativen Ereignissen in ihrer sozialstrukturellen und kulturellen Verankerung, dem kulturell jeweils andersgearteten Wissen über diese Ereignisse und den an diesem Wissen - kulturell unterschiedlich - orientierten Handlungen. Selbstverständlich müssen die genannten Zusammenhänge auch bei der nur verbalen Analyse berücksichtigt werden.

Da außerdem das Thema entscheidenden Einfluß auf das Interesse an und den Verlauf der Kommunikation hat, erfolgt die Wahl der Gesprächsthemen unter folgenden Aspekten:

- a) Welches sind die Themenbereiche, die am meisten zum Sprechen motivieren;
- b) welches sind die Hauptproblembereiche der Türken in der BRD;
- c) welches sind die Bereiche, über die keine oder wenig Informationen vorliegen, deren Kenntnis jedoch von zentraler Bedeutung ist.

Parallel zum kommunikativen Verhalten der Erwachsenen soll auch das der Kinder aufgezeichnet werden. Wenn die Kinder die deutsche Schule besuchen und am Deutschunterricht schon einige Zeit teilnehmen, können auch schriftliche Sprachproben erhoben werden (evtl. eine Auswertung des Schriftmaterials aus dem jeweiligen Deutschunterricht). Für die Deutschkenntnisse der Kinder sind eine Reihe von Faktoren wesentlich, die anhand geeigneter Fragen ermittelt werden sollen, z.B. regelmäßiger Schulbesuch, Verhältnis zum deutschen Lehrer, zu den deutschen Mitschülern, schulische Unterstützung durch die Eltern, Berufsabsichten der Eltern für ihre Kinder, eigene Berufsvorstellungen usw. Außerdem kann versucht werden, anhand von Bildergeschichten, die alltägliche Situationen darstellen und zum sprachlichen Ausdrücken motivieren sollen, die vorhandenen Deutschkenntnisse des Kindes zu ermitteln.

### III.

#### Analyse der mündlichen Sprachaufnahmen in Verbindung mit den Situationsprotokollen

Innerhalb der linguistischen Analyse des Sprech- und Kommunikationsverhaltens werden, entsprechend den Zielen der Arbeit, zwei Teilbereiche unterschieden:

1. Beschreibung des Stands der Deutschkenntnisse der verschiedenen Probandengruppen im Zusammenhang einer grammatikalischen und lexikalischen "Fehleranalyse",  
und
2. Aufzeigen spezifischen Kommunikationsverhaltens.

In der Analyse wird das Band- und Protokollmaterial in verschiedene Segmente unterteilt. Oberste Analyseeinheit ist die Kommunikationssituation; sie ist definiert durch die jeweilig spezifische Interviewsituation. Die



innerhalb einer Kommunikationssituation geäußerten sprachlichen und außersprachlichen Handlungssequenzen verschiedener Kommunikationspartner werden als Text bezeichnet. Texte werden in thematisch abgegrenzte Dialogeinheiten unterteilt, diese einerseits (spezifiziert) in abgrenzbare Frage-Antwort-Einheiten, andererseits (allgemein) in Äußerungseinheiten. Äußerung wird verstanden als der kontinuierliche Ausspruch einer Person, am Anfang oder Ende durch das Schweigen dieser Person gekennzeichnet. Äußerungen können weiter unterteilt werden in Satzgruppen, Sätze, Satzteile oder Wörter. Auf allen Ebenen werden neben verbalen Einheiten außer-verbale Handlungssequenzen in die Analyse einbezogen, die wesentlich zum Verständnis des Kommunikationsablaufs beitragen.

Zur Analyse des ersten Teilbereichs kann auf relativ genaue Beschreibungsverfahren, die im Rahmen der Syntaxbeschreibung entwickelt wurden, und zum Problem der Interferenzerscheinungen auf Arbeiten der kontrastiven Linguistik zurückgegriffen werden. Auf Satzebene und unterhalb werden syntaktische und morphologische Erscheinungen aufgezeichnet und klassifiziert, die den jeweiligen Sprachstand der Probanden charakterisieren, wie z.B. Ausfall des Artikels, Ausfall von Flexionsmorphemen, Infinitiv-Gebrauch anstelle von flektierten Verbformen usw. Oberhalb der Satzebene können Zusammenhänge untersucht werden wie: Satzzusammenhänge und Satzverknüpfung, Verwendung von Pro-Formen, Entwicklung von Tempus und Aspekt.

Im Bereich der Phonologie sollen die spezifischen artikulatorischen Merkmale festgehalten werden.

Lexik: Hier soll alles verzeichnet werden, was an Wortschatz wie verwendet wird. Die semantische Strukturie-

rung des Wortschatzes soll ergeben, welche Bereiche besonders belegt sind, welche fehlen. Starke Interferenzen wird es besonders im Bereich der Wortstellung geben.

Der zweite Teilbereich, der das spezifische Kommunikationsverhalten der verschiedenen Probandengruppen aufzeigen soll, muß weit über die grammatische Analyse hinausgehen. Da es beim gegenwärtigen Forschungsstand kein befriedigendes Kommunikationsbeschreibungsmodell gibt, das die Aspekte des kommunikativen Verhaltens, die von Vertretern des symbolischen Interaktionismus und der Ethnomethodologie angesprochen werden, einbeziehen kann, wird versucht, die verschiedenen Kommunikationsabläufe unter bestimmten Aspekten, die von den Ethnowissenschaften als wesentlich für die soziale Interaktion angesprochen werden, zu interpretieren. Als erster Fragenkomplex interessiert das Verhältnis von verbalem zu non-verbalem Verhalten: Aufgrund welcher non-verbaler Faktoren kann eine bestimmte Kommunikation mit geringem verbalem Aufwand gelingen. Im Zusammenhang damit interessiert die Frage, welche Kommunikationsfaktoren verbalisiert werden müssen, so daß in einer bestimmten Situation das vom Sprecher intendierte Ziel erreicht wird. Welche linguistischen Merkmale reichen in einer bestimmten Situation aus (unabhängig von ihrer grammatikalischen Korrektheit), um erfolgreich kommunizieren zu können.

Als nächstes sind folgende für das Gelingen oder Mißlingen der sozialen Interaktion wesentliche Fragenkomplexe von Interesse im Hinblick auf "Mißverhalten" oder Interferenzen der verschiedenen kulturell bedingten Verhaltensmuster. Dazu müssen muttersprachliche Türken, die mit den Fragestellungen vertraut sind, herangezogen werden: Welches sind die Formen der sozialen Kon-

taktaufnahme (sprachlich oder gestisch), wie werden die verschiedenen Kommunikationspartner angeredet und mit welchen Gesten wird die Anrede begleitet; wie wird die aufgenommene Sozialbeziehung innerhalb des Gesprächsverlaufs durchgehalten oder modifiziert u.a.

Die Beschreibung des Sprachstandes wird in den am IdS von U. Engel entwickelten Kategorien der Valenzgrammatik die Interpretation der aus dem Gesamtkomplex sozialer Interaktion ausgewählten Interaktionsformen durchgehend in der Umgangssprache erfolgen, da konsistente Beschreibungskategorien des Kommunikationsverhaltens fehlen.

Ausgehend von den Ergebnissen der beschriebenen empirischen Untersuchung ist dann ein Programm zu erstellen, das, gegliedert nach verschiedenen Lebensbereichen

1. die zur Kommunikation notwendige alltagsweltliche Information und
2. den zur sprachlichen Bewältigung von verschiedenen Kommunikationssituationen jeweils notwendigen Wortschatz und die notwendigen syntaktischen Muster enthalten soll. Dieser Katalog kann dann als hinreichend ausgewiesene Grundlage für die Entwicklung neuer Sprachlehrprogramme dienen.